

Für die Presse



„Die Verteilung von Impfstoff muss global gedacht werden“

Statement des Vorsitzenden der Deutschen Kommission Justitia et Pax, Bischof Dr. Heiner Wilmer SCJ

Berlin/Hildesheim, 15. März 2021. Der Vorsitzende der Deutschen Kommission Justitia et Pax, Bischof Dr. Heiner Wilmer SCJ (Hildesheim), fordert im Umgang mit der COVID-19-Pandemie im Lichte der Beratungen der Kommission globale Solidarität und fordert einen weltweiten Zugang zu Impfstoffen gegen COVID-19:

„Während in der Bundesrepublik derzeit viel über Impfstrategien und Versäumnisse diskutiert wird, droht die weltweite Situation aus dem Blick zu geraten. Eine faire internationale Verteilung ist aber, wie auch schon Papst Franziskus betont hat, moralisch dringend geboten. Der fehlende Zugang zu Impfstoffen ist ein Gerechtigkeitsproblem. Es wird vielfach verstärkt, etwa durch den Aufkauf von Impfstoffen durch einige Länder weit über den eigenen Bedarf oder dadurch, dass Länder des Südens aufgrund von Exportkontrollen teils erheblich höhere Preise zu zahlen haben. Ohne einen verbesserten weltweiten Zugang zu Impfstoff steigt die Gefahr von Mutationen, die letztlich alle Menschen weltweit bedrohen. Ein ungleicher Zugang zu Impfstoffen wird bestehende Ungerechtigkeiten weiter verschärfen. Impfungen ermöglichen die Öffnung von Geschäften und Betrieben, Reisen und Studien- und Forschungsaufenthalte. Bleibt eine faire Verteilung von Impfstoffen aus, droht der Globale Süden daher ökonomisch noch weiter abhängig zu werden als ohnehin schon.

Unsere Solidarität ist daher gefordert. In der Initiative COVAX haben sich zahlreiche wohlhabende Länder, Organisationen und Privatpersonen verpflichtet, andere Länder in der Beschaffung von Impfstoff zu unterstützen. Als Deutsche Kommission Justitia et Pax begrüßen wir dies. Auch die Möglichkeiten, die das internationale Recht bietet, Patentrechte auszusetzen, müssen gezielt genutzt werden, um die Produktion von Impfstoffen zu beschleunigen.

Zudem ist es wichtig, dass jetzt in der Krise Hilfgelder nicht gekürzt werden. Im Gegenteil, gerade jetzt sind Investitionen in die Gesundheitssysteme der Länder des Globalen Südens geboten, um diese vor dem Zusammenbruch zu bewahren und nachhaltig zu stärken.“, so Bischof Wilmer.

Die Deutsche Kommission Justitia et Pax (Gerechtigkeit und Frieden) wurde 1967 gegründet und versteht sich als Forum der katholischen Einrichtungen und Organisationen, die im Bereich der internationalen Verantwortung der Kirche in Deutschland tätig sind. Justitia et Pax ist deren gemeinsame Stimme in Gesellschaft und Politik und damit Akteurin des politischen Dialogs. Die Kommission erarbeitet kirchliche Beiträge zur Entwicklungs-, Friedens- und Menschenrechtspolitik Deutschlands und entwickelt Konzepte für die internationale Arbeit der katholischen Kirche.

Herausgeber:

Deutsche Kommission JUSTITIA ET PAX
Hannoversche Str. 5, D 10115 Berlin
Telefon: +49 (30) 28878 157
Telefax: +49 (30) 243428 288
e-mail: jl@jupax.de
<http://www.Justitia-et-Pax.de>

Einrichtung der Deutschen Bischofskonferenz
und des Zentralkomitees der deutschen
Katholiken zur Förderung von Entwicklung,
Menschenrechten und Frieden

Redaktion:

Dr. Jörg Lüer
Geschäftsführer

Ansprechpartner:

Dr. Jörg Lüer
jl@jupax.de